

Das "Kurz-Arbeitsmodell"

Die Hilfspakete der Regierung, um die Auswirkungen von Corona- und Wirtschaftskrise zu mildern, haben sich bis jetzt auf eine Gruppe konzentriert: Konzerne, Unternehmen, Gastronomie und andere Kapitaleigner*innen. Dutzende Milliarden für die Unternehmen, aber für Arbeitslose und Geringverdiener*innen gibt es keinen Schutz und kein Geld.

Seite 2

Pulverfass Libanon

Die Explosion in Beirut treibt Menschen gegen die gesamte politische Elite auf die Straße. All dies ist Produkt des verrotteten kapitalistischen Systems, in welchem die herrschende Klasse des Landes sich um verschiedene politische Fraktionen gruppieren. Diese sind entlang religiöser Linien gespalten und versuchen in erster Linie, sich über Posten im Staat zu bereichern.

Seite 12

Schwerpunkt

Die Covid 19-Krise macht deutlich, wie arg es um den Sozialbereich hierzulande wirklich bestellt ist. Tatsächlich reichen die Versäumnisse weit in die Vergangenheit zurück.

Seiten 7-10



VORWÄRTS SLP)

Sozialistische LinksPartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 288 | 09.20

Die Krise ist zurück – Der Widerstand auch!

Erinnern wir uns an die Protestwelle von 2019: Millionen gingen fürs Klima auf die Straße. Im Libanon, Irak und Syrien, im Sudan und Chile erhoben sich die Massen. Dann kam Corona und die Welt erstarrte im Lockdown. Nun hat die Protestwelle wieder an Fahrt aufgenommen und macht auch vor Österreich nicht halt. Es begann mit den Protesten gegen rassistische Polizeigewalt (BLM), die auf der ganzen Welt aufgegriffen wurden. Und seither überschlagen sich die Ereignisse. Wieder Pro-

Löhne und um Sicherheit vor Corona. Demonstrationen und Streiks finden statt – mit Corona-Schutz, aber deswegen nicht weniger wütend.

Die Ausrede, die Probleme kämen durch Corona, funktioniert nicht. Längst wissen wir: Regierungen und Unternehmen finden immer einen "guten Grund" für Kürzungen und Kündigungen. Manche sind dabei besonders skrupellos und zahlen sich selbst trotzdem noch Boni und Gewinne aus – wie bei der AUA. Firmen kasieren für die Kurzarbeit



Corona hat die tiefste Wirtschaftskrise seit 100 Jahren ausgelöst – und eine Welle von Widerstand!

testet im Irak, im Libanon wurde die Regierung zum Rücktritt gezwungen, Aufstände in Belarus und Bolivien, Streiks im Iran. Es geht um demokratische Rechte – und immer häufiger auch um Jobs, um

und kündigen dann doch. Die Arbeitslosen werden gleichzeitig mit Almosen abgespeist. Die Reichen werden unter Corona noch reicher, die Kluft zwischen Arm und Reich größer. Wenn Menschen trotz

Corona zur Arbeit gehen, zeigt das die Angst vor Arbeitslosigkeit. Rücksichtslos ist dabei ein System, das Menschen in so eine Situation bringt.

Wir können uns noch an die Wirtschaftskrise von 2007/8 erinnern und leiden bis heute an ihren Folgen. Und nun kommt schon die nächste. Und eines ist gewiss: Wir sollen sie schon wieder ausbaden.

Wer bisher völlig auslässt, ist die Gewerkschaft, die eher auf nationalen Schulterschluss mit Regierung und Unternehmen setzt als auf die dringend nötige kämpferische Politik. All das kann Angst machen – und wütend. Die Proteste in anderen Ländern zeigen nicht nur, dass man sich wehren kann, sondern auch, dass wir dabei nicht alleine sind.

Sonja Grusch

Die SLP fordert:

- Schluss mit dem Corona-Burgfrieden: Wir müssen unsere Jobs, den Sozialstaat und das Gesundheitswesen verteidigen!
- Wir brauchen kämpferische Politik: Holen wir uns das Geld von den Reichen!



Von Sonja Grusch Die chinesische Wolong-Gruppe hat für das steirische Werk ATB Insolvenz angekündigt und will Maschinenpark und Produktion absiedeln. Sie tut, was Kapitalist*innen halt so tun: Nämlich alles nach der Profitabilität auszurichten. Da agiert die Wolong-Gruppe nicht anders als heimische Firmen.

Für die 360 Kolleg*innen sind die Perspektiven auf einen neuen Job mehr als düster. Vor dem Hintergrund einer Rekordarbeitslosigkeit ist überdeutlich, dass die Ankündigung von Landeshauptmann Schützenhofer (ÖVP), dass man alles dafür tun werde, dass „viele Betroffene schon bald wieder einen neuen Arbeitsplatz finden“, nur eine leere Phrase ist.

Die Gewerkschaft ist präsent, wirkt aber trotz verbalem Säbelrasseln und Streikbeschluss eher planlos. Zuerst hofft(e) man vergeblich auf eine Neuübernahme des Werkes, dann – wieder vergeblich – da-

ATB: Jobs verteidigen – aber richtig!

rauf, dass Gerichte den Abtransport der Maschinen verhindern. Und dann wohl auf eine Arbeitsstiftung.

Ein simpler „Streik“ ist leider kein wirkungsvolles Kampfmittel, wenn nicht mehr produziert wird. Für eine notwendige Besetzung des Werks, um den Abtransport von Maschinen, Lagerbeständen, Bauplänen etc. zu verhindern, braucht es die aktive Unterstützung der Gewerkschaft, der Linken und der lokalen Bevölkerung. Den Ankündigungen der Gewerkschaft, sich „an die Maschinen zu ketten“ müssen Taten folgen! Gemeinsam kann die öffentliche Hand dazu gebracht werden, das Werk zu übernehmen – das aber dann unter Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten weitergeführt werden muss. Die Produktion könnte unter Mitwirkung der Beschäftigten, die genau wissen, was möglich ist, umgestellt werden auf Produkte, die aktuell dringend gebraucht werden: Im Bereich von Corona-Schutz, Klima-Schutz etc.

Klingt das utopisch? Tatsächlich bringt so eine Kampfstrategie mit größerer Wahrscheinlichkeit die Rettung der Jobs als die aktuelle Gewerkschaftsstrategie.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP),
Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien | Druck: digiDruck.at, 2345 Brunn am Gebirge
Herstellungs- und Verlagsort: Wien | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 2560000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

Arbeitszeitverkürzungen: Arbeit für mehr Leute!

Die durch Covid-19 ausgelöste Wirtschaftskrise hat rasant steigende Arbeitslosenzahlen zur Folge. Besonders in den vom Lockdown stark betroffenen Branchen waren die Auswirkungen enorm. Wenn wir nicht in einer Gesellschaft leben wollen, in der 10%, 15% oder mehr arbeitslos sind, muss die vorhandene Arbeit auf alle aufgeteilt werden. ÖGB-Vorsitzender Katzian weist darauf hin, dass die letzte Arbeitszeitverkürzung 45

Jahre her ist. Was hat die Gewerkschaft in der Zeit getan? Die durchschnittliche Arbeitszeit (die bei Vollzeitjob über 40 Stunden liegt) muss verkürzt werden, mit den freigewordenen Arbeitsstunden müssen neue Stellen geschaffen werden. Und zwar bei vollem Lohn. Dies wäre ein Mittel gegen die steigende Arbeitslosigkeit und würde helfen, dass nicht wir für die Auswirkungen der Krise zahlen müssen.



Das „Kurz-Arbeitsmodell“

Die Hilfspakete der Regierung, um die Auswirkungen von Corona- und Wirtschaftskrise zu mildern, haben sich bis jetzt auf ei-

kosten auf den Staat abwälzen. Oft wird dieses System missbraucht, Unternehmen kassieren ohne z.B. die Arbeitszeit entsprechend zu

**Die Prioritäten der Regierung:
Firmen helfen, Nachfrage sichern,
Proteste verhindern.**

ne Gruppe konzentriert: Konzerne, Unternehmen, Gastronomie und andere Kapitaleigner*innen. Auf das Modell Kurzarbeit ist aktuell ein großer Teil der Erwerbstätigen angewiesen, um den Arbeitsplatz zu behalten. Es hat, daran besteht kein Zweifel, Arbeitsplätze erhalten, die sonst Corona zum Opfer gefallen wären. Unternehmen können bis zu 90 % der Lohn-

verkürzen. Und kündigen die Beschäftigten dann doch.

Das Modell verhindert zumindest kurzfristig eine noch stärkere Explosion der Arbeitslosenzahlen während der gerade beginnenden Wirtschaftskrise, die durch Covid-19 ausgelöst (aber nicht verursacht!) wurde. Damit versucht die Regierung sich sozialen Frieden zu erkaufen

und die Wirtschaft wettbewerbsfähig zu halten. So können z.B. Fachkräfte in den Berufen behalten werden und der mühsame Prozess, Neue zu finden, wenn die Wirtschaft anzieht, wird umgangen. Dies ist notwendig, damit heimische Firmen international wettbewerbsfähig bleiben. Hauptnutznießer sind also die Unternehmen und ihre Eigentümer*innen. Das Kurz'sche Arbeitsmodell ist v.a. ein milliarden schweres Service an Firmen und Kapitalist*innen, um sie vor den Auswirkungen der Krise zu schützen. Dutzende Milliarden für die Unternehmen, aber für Arbeitslose und Geringverdiener*innen gibt es keinen Schutz und kein Geld.

Ignaz Staudinger



Verstaatlichung statt Kurzarbeit

Ob Kurzarbeit, eine Senkung der Steuer für die Gastronomie oder der „Härtefallfonds“ für Unternehmen: Wer Geld und Kapital hat, bekommt öffentlich finanzierte Unterstützungen, damit er/sie es behalten kann. Damit wird Geld von arbeitenden Menschen (Steuergeld) an Unternehmen umverteilt. Wenn Firmen um Unterstützung ansuchen, müssten zuerst einmal die Bilanzen und Firmenbücher offengelegt und untersucht

werden, welches Geld da ist und wie viel in die Taschen von Management und Besitzer*innen abgeflossen ist – und dieses zuerst verwendet werden. Noch mehr im Interesse der Arbeiter*innenklasse wäre es, als ersten Schritt diese Unternehmen zu verstaatlichen und unter demokratische Kontrolle der Beschäftigten zu stellen. So können Arbeitsplätze erhalten und sinnvolle Produktion sichergestellt werden.



Was Wien wirklich braucht

Mit der kriselnden FPÖ in ihrem Streit mit Strache wird es die SPÖ am 11.10. leicht haben, Wahlsiegerin zu werden. Auch wenn

schweige denn den Raum und das Personal, um auf "Coronamodus" umzustellen. Sozialeinrichtungen werden geschlos-

kern. Erfolge auf Bezirksebene zeigen zwar immer wieder, dass es hierfür Raum gibt, aber errungene Mandate wurden nicht

Erfolg bei Wahlen wird es nur geben, wenn die Menschen auch Vertrauen haben, dass eine linke Liste etwas verändern wird. Selbst mit Landtagsmandaten lässt sich aber erstmal wenig machen. Erfolge im Sinne von mehr Wohnungen, mehr Personal und bessere Löhne im Gesundheits- und Sozialsystem, radikale Klimapolitik... wird es nur über Sitze im Gemeinderat nicht geben. Verbesserung wird durch Bewegungen und Klassenkämpfe errungen, die Abstimmung in Rathaus ist dann nur mehr der Ausdruck davon.

Es braucht massiven Druck durch Streiks und Massenproteste, um ernsthaft etwas durchzubringen.

Christoph Glanninger

Das „Rote Wien“ und seine Errungenschaften müssen gegen alle Rathausparteien verteidigt werden!

die ÖVP wohl das stärkste Wien-Ergebnis ihrer Geschichte holen könnte, wird die nächste Regierung dank stabiler Grüner wohl nicht ohne SPÖ auskommen. Trotzdem bleibt Wien nicht stabil. Die SPÖ ist eine schlechte Sachwalterin der alten Errungenschaften. Im Gemeindebau schimmelts und das Gesundheitssystem wird krank gespart. Die Schulen haben nicht mal genug Desinfektionsmittel, ge-

sen und die Beschäftigten da arbeiten genauso prekär wie überall sonst. Der Unmut darüber ist viel größer, als das Wahlergebnis ausdrücken wird. SPÖ und Grüne profitieren von der Alternativlosigkeit von Links und der FPÖ-Krise - und werden die Kürzungspolitik fortsetzen, ähnlich wie im Bund. Vielen Versuchen zum Trotz haben es linke Listen bei Wahlen nicht geschafft, sich zu veran-

für den Kampf um Verbesserungen genutzt.

Die SLP ruft bei diesen Wahlen dazu auf, "Links" zu wählen. Hier haben sich engagierte Menschen zusammengefunden, auch um dem SPÖ-Monopol auf Wien zu trotzen. Das ist gut so, trotz vieler Unstimmigkeiten im Programm. Aber einen Durchbruch für die Linke in Wien wird es auch mit "Links" kaum geben.

Wo anfangen mit der neuen Arbeiter*innenpartei?

Der **Gesundheits-** und Sozialbereich ächzt nicht erst seit Corona. Beschäftigte haben sich hier in Basisinitiativen gegen die Landesregierung organisiert und für mehr Personal, kürzere Arbeitszeiten und höhere Löhne demonstriert und sogar gestreikt. Eine linke Alternative muss hier ansetzen: Sie muss sich als Sammelpunkt anbieten, diese Initiativen zusammenführen und den Kämpfen eine Perspektive geben.

Zehntausende sind mit Fridays For Future (FfF) auf die Straße gegangen. Die Grünen tun gerne so, als wären sie der politische Ausdruck dieser Bewegung, aber ein paar Bäume hier und da sind keine Klimapolitik. Gratis-Öffis müssten zB mit Reichensteuern finanziert werden, so wie einst die Gemeindebauten. Eine linke Alternative müsste für so eine klassenkämpferische Politik auch in FfF werben.

Mietobergrenzen oder die Stärkung von Mieter*innenrechten sind wichtig, aber wirklich helfen würde nur ein massives Wohnbauprogramm und die Enteignung von Spekulationsobjekten. Weltweit orientieren sich Mieter*innenproteste auch am "Roten Wien". Vergessen wird dabei viel zu oft: Es war die Arbeiter*innenbewegung, die sich das Geld von den Reichen geholt hat, um diesen günstigen Wohnraum zu schaffen!

Eine Arbeiter*innenpartei ist keine Wahlplattform. Sie muss sich über Kämpfe aufbauen, von denen es immer mehr gibt. Strukturen von betrieblichen Aktivist*innen und von Bewegung sind für sie wichtiger als Mandate. In einer solchen Partei können sich Aktivist*innen aus den unterschiedlichsten Bereichen zusammen, um über das Prinzip der Solidarität gemeinsam erfolgreicher zu sein!

Der rechte Rand

HC Strache will sich und sein Team in der Wienwahl 2020 als die „wahre freiheitliche Bürgerbewegung“ vermarkten. Ein Blick auf die Kandidat*innenliste zeigt freilich, was der Ibiza-Fan darunter versteht. Da ist zum einen Christian Höbart, der im Herbst 2014 Asylsuchende pauschal als „Erd- und Höhlenmenschen“ beleidigte. Er ist nun Generalsekretär von Straches Gruselkabinett. Da ist auch Gernot Rumpold – einst einer der lautesten aus Jörg Haiders „Buberlpartie“. Er wurde wegen Korruption in der „Telekom-Affäre“ zu 33 Monaten teilbedingter Haft verurteilt. Der vorbestrafte Rumpold ist derzeit PR-Berater der Strachetruppe. Und da wäre noch Christina Kohl, bis vor kurzem Flugbegleiterin bei der AUA und ebenfalls Kandidatin auf Straches Liste. Sie ist auf einer Demo mit Parolen wie „Soros muss weg“, „Antifa muss weg“, „Rothschild muss weg“, „Rockefeller muss weg“ und „Illuminati müssen weg“ aufgetreten.

Fragt sich, wer den Wahlkampf einer solchen Truppe finanziert. Strache behauptet, das Team arbeite mit „vollstem Idealismus“ und einem „Minimundusbudget“. Andererseits spricht er aber auch von 5000 Unterstützern und „großzügigen Spenden“. Tatsache ist, dass es kurz nach Straches Rücktritt ein Treffen mit ihm und Frank Stronach gegeben hat. Tatsache ist auch, dass sich die Logos des verblichenen „Team Stronach“ und jenes Straches verblüffend ähneln. Stronach-Anwalt Michael Krüger, im Februar 2000 für gute drei Wochen Justizminister auf FPÖ-Ticket, schließt eine Absprache oder Kooperation freilich „zu hundert Prozent“ aus, Unterstützung seitens Stronach gebe es „in keiner Weise“.

Alexander Svojtko

Für eine Aufwertung der 24-h-Pflege

Wir sprachen mit Simona Durisova, Pflegerin und Gründerin der Initiative 24:

Wir befinden uns noch im Aufbau. Unsere Ziele sind die Stärkung der Position der Pfleger*innen, im Rahmen des Dreiecks Agentur-Pflegekraft-Klient*innen. Wir wollen bei der internen Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit und Selbstorganisierung unterstützen. Wir wollen aber auch die Schaffung von Weiterbildungsmöglichkeiten vorantreiben, auch zu Themen wie Gewalt und sexuelle Belästigung und wie man sich dagegen wehren kann. Aber auch zu Diskriminierung am Arbeitsplatz und Konfliktmanagement.

Wie hat sich die Situation seit Corona verändert?

Corona hatte deutliche Auswirkung auf die Länge des Turnus. Als finanziellen Anreiz hat die Regierung daher Boni von 500€ zur Verfügung gestellt. Eine Bedingung für die Auszahlung ist aber, dass das Geld auf das Konto der zu betreuenden Person eingezahlt wird. Warum? Ein weiteres Problem hatten wir mit dem Härtfall-Fonds. Damit 24-h-Pflegekräfte eine finanzielle Entschädigung beantragen können, müssen sie ein österreichisches Bankkonto besitzen und das hat die Mehrheit nicht.

Habt ihr Kontakt zur Gewerkschaft?

Die „Initiative 24“ hat noch keinen Kontakt zur österreichischen Gewerkschaft, die Gruppe „DREPT pentru ingijire“ (Gerechtigkeit in der Pflege) aber schon. (Anmerkung: DREPT ist ein Zusammenschluss von rumänischen Pflegekräften) Sie haben Erfahrungen mit der Teilgewerkschaft Vidaflex gemacht. Diese vertritt die Interessen von Ein-Personen-Unternehmen, wozu auch 24-h-Pflegekräfte zählen. Aber es gab von Vidaflex kein Interesse an einer Zusammenarbeit.

Wie kann eure Initiative unterstützt werden?

Wenn wir starten, Demonstrationen zu organisieren, ist es wichtig, sich zusammenzuschließen. So kämpfen zum Beispiel Pflegefachkräfte für eine Arbeitszeitverkürzung. Es passiert ziemlich viel in allen Teilen des Gesundheitsbereichs. Wenn wir uns zusammenschließen, haben wir mehr Kraft. Ich denke, wenn die 24-h-Pflege staatlich organisiert sein würde und durch Kollektivverträge geregelt ist, würde die Qualität der Pflege steigen und auch für österreichische und ausländische Pflegefachkräfte neue Arbeitsplätze entstehen.

Das komplette Interview ist auf www.slp.at



Ausbeutung = Corona

Immer mehr Menschen sind im Beruf einem hohen Risiko ausgesetzt, sich mit Covid 19 anzustecken. Besonders betrifft dies Sparten mit

durch Corona ihren Job verloren haben, drängen in diesen Sektor. Auch unter Praktikant*innen in der Gastronomie grassiert Corona. Hier gibt es oft

Coronacluster finden sich v.a. dort, wo die Arbeits- und Lebensbedingungen schlecht sind.

schlechtem Arbeitsschutz und Knebelverträgen, wie Gastronomie, Bau, Schlachthöfe oder Erntehelfer*innen. Die Beschäftigten leben oft in Sammelunterkünften, wo sich Corona rasant verbreitet. Hier arbeiten viele Migrant*innen, aber auch immer mehr Österreicher*innen, die

den Vorwurf, dass dies an zu viel Parties läge. Doch auch bei ihnen sind die hohen Infektionszahlen durch die Kontakte mit Kund*innen, die katastrophalen Massenunterkünfte und die miesen Sicherheitsvorkehrungen am Arbeitsplatz begründet. Die versprochenen Tests finden kaum statt.

Was macht die Gewerkschaft dagegen? So gut wie nichts. Betroffen von diesen Problemen sind vor allem Migrant*innen und prekär Beschäftigte, für die sich der ÖGB oft nicht zuständig fühlt. Die Gewerkschaft muss endlich über den Tellerrand ihrer „Kernschicht“ von weißen, männlichen Industriearbeitern hinausschauen. Die prekäre Beschäftigung steigt immer weiter an und die Arbeitsbedingungen in diesem Bereich werden immer schlechter. Dies kann sich nur durch gewerkschaftliche Organisierung und Kämpfe ändern.

Nicolas Prettner

Kurznachrichten aus Betrieb & Gewerkschaft

- 550 Voest-Kündigungen

Der Voestalpine-Konzern will in der Steiermark 550 von 9.100 Beschäftigten kündigen (250 bei Tubulars/Kindberg und bis zu 300 im Luftfahrtbereich/Kapfenberg). Der Vorstandsvorsitzende Eibensteiner redet sich auf unmittelbare Auswirkungen der Corona-Pandemie heraus. Tatsächlich sind es Planlosigkeit und Profitorientierung, die der kapitalistischen Wirtschaft eine derart hohe Krisenanfälligkeit verleihen, insbesonde-

re in klimaschädigenden Branchen wie Öl/Gas und Luftfahrt. Schockierend wirkt die Orientierungslosigkeit der zuständigen Gewerkschaftsführung. Von der PRO-GE kommt lediglich ein Aufruf zur Verhandlung eines Sozialplans. Man findet sich mit dem Massenrauswurf der Kolleg*innen ab. Der steirische PRO-GE Sekretär hängt noch immer der Illusion an, dass „alle an einem Strang ziehen, Politik und Wirtschaft“. Dass den herrschenden Kreisen in

Politik und Wirtschaft die Probleme von Beschäftigten und ihren Familien letztlich egal sind, hat sich offensichtlich noch nicht bis zum Kollegen Holzapfel herumgesprochen. Bevor wir nicht eine kämpferische Gewerkschaftslinie auch gegen die Führung durchsetzen, werden Massenkündigungen neben sozialer Not den Frust unter Beschäftigten und Erwerbsarbeitslosen steigern; gerade auch gegenüber diesen Gewerkschaften!

+ Korrektur

Fehler in der letzten Ausgabe (Artikel zu den Angriffen der Grauen Wölfe). Der Gewerkschaftliche Linksblock (GLB) machte uns aufmerksam: Rabibe Aslan von DIDF (Föderation Demokratischer Arbeitervereine) ist AK-Rätin des GLB und nicht der Fraktion KOMIntern. Wir bedauern den Fehler! SLP und GLB stimmen überein, dass es Aufgabe der gesamten Gewerkschaftsbewegung sein muss, gegen (Neo-)Faschismus solidarisch vorzugehen.

- Unsauber

Die steirische Firma Saubermacher kündigt 38 Kolleg*innen, zum Teil über 55-jährige. Laut APA schrieb ein engagierter Kollege einen Protestbrief: „Geduldig haben alle Mitarbeiter die Kurzarbeit mitgetragen ...“ Dann bekam man „am ersten Tag nach der Kurzarbeit das wahre Gesicht zu sehen“. Industrielle Müllentsorgung sollte gesellschaftlich koordiniert & kontrolliert werden – mit Jobsicherheit gerade in der Covid-Krise!



Millionär*innen besteuern sich selbst?

In ihrem Brief "Millionairs for Humanity" rufen 83 Millionär*innen dazu auf, die Steuern für sie selbst im Zuge der Corona-Krise zu erhöhen. Im Aufruf texten for-

Ablenkung und Beschwichtigung durch Selbstbesteuerung? – Enteignung und demokratische Verwaltung!

dern sie „ihre“ Staaten auf, die Steuersätze „sofort substantiell“ zu erhöhen, um Geld für Gesundheits- und Bildungssystem frei zu machen – dagegen kann man in der Allgemeinheit wenig sagen.

Unabhängig vom persönlichen Motiv der Unterzeichner*innen, müssen wir diese Forderung dennoch in den richtigen Kontext setzen: Weltweit fallen

Proteste gegen die völlig unzureichenden Corona-Maßnahmen und (Wirtschafts-) Rettungspakete mit BLM Protesten gegen Polizeigewalt und rassistische Diskrimi-

nieren zusammen. Die Aufstandswelle von 2019 wurde durch Corona unterbrochen – nimmt aber gerade wieder an Fahrt auf. Gleichzeitig wurden Milliardär*innen während der Corona-Krise weltweit um 637 Milliarden Dollar reicher. Die weitsichtigeren Teile der herrschenden Klasse bemerken, dass es klüger ist, jetzt ein paar Bröseln von ihrem vergoldeten Ku-

chen abzugeben, als die Situation weiter eskalieren zu lassen. Denn dann könnten sie revolutionäre Aufstände erleben und riskieren, dass sich revolutionäre Organisationen aufbauen, die eine viel größere Gefahr für sie darstellen als es eine Wirtschaftskrise je sein könnte.

Ein höherer (wie hoch steht nirgends) Steuersatz wird den Lebensstandard der Unterzeichner*innen wohl kaum schmälern. Dieses Manöver wird wahrscheinlich sogar ihr spätestens seit der Krise von 2007 angeschlagenes Image verbessern, vielleicht sogar einen massiven Werbeeffekt für die eigenen Marken haben und neue Investitionsmöglichkeiten und Märkte eröffnen. Wir denken an Charity-Aktionen oder Spendenaufrufe der su-

perreichen „Philantropen“ (=Menschenlieber), um sich Sympathie zu erkaufen und von Kürzungen, Standortschließungen, Streikniederschlagungen etc. abzulenken.

Aber spielen wir das Szenario einer Steuererhöhung weiter durch: Selbst wenn plötzlich zusätzliche Millionen ins Budget gespült werden, zeigt uns die Vergangenheit und auch die durch Corona ausgelöste Krise selbst, wohin dieses Geld fließt: Es werden Rettungspakete für Banken und Unternehmen geschnürt, zusätzliche Mittel für Bildung oder das Gesundheitssystem sind bestenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein. Auf den bürgerlichen Staat ist klar

kein Verlass: Weder beim Beschneiden der Privilegien der Reichen und der herrschenden Klasse, noch beim Verteilen steuerlicher Mittel.

Anstatt auf Millionär*innen zu setzen, die Teile „ihres“ Reichtums abgeben wollen, der ja eigentlich ohnehin durch die Arbeit von Millionen von Arbeiter*innen geschaffen wurde, muss dieser Reichtum nach den Bedürfnissen der Menschen verteilt werden. Dazu braucht es neue demokratisch gewählte Strukturen durch die Betroffenen der Krise und des Kapitalismus: Durch Arbeiter*innen, Menschen im Gesundheitsbereich, in Bildungseinrichtungen, im Einzelhandel oder anderen stark getroffenen Bereichen.

Stefan Brandl

Unkultur

Die Interessengemeinschaft Kultur fasst die Situation im Kulturbereich zusammen: „Eigentlich steckt der Sektor schon viel länger in einer Krise. Bestehende Initiativen erhalten schon seit Jahren immer weniger Geld, für neue ist kaum Platz, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und kaum vorhandene soziale Absicherung sind an der Tagesordnung. Die Corona-Krise zeigt diese langjährigen politischen Versäumnisse erbarmungslos auf.“

Eckharts Antisemitismus

Eine welt- und sprachgewandte Kabarettistin klopft antisemitische Sprüche? Leider ja. O-Ton Lisa Eckhart: „Am meisten enttäuscht es von den Juden. Da haben wir immer gegen den Vorwurf gewettet, denen ginge es nur ums Geld, und jetzt plötzlich kommt raus, denen geht's wirklich nicht ums Geld, denen geht's um die Weiber, und deshalb brauchen sie das Geld“. Regelmäßig verwendet sie das N-Wort. Da gibt es nichts schö-

zureden: Solche Aussagen betonen maßgebliche Muster antisemitischer und rassistischer „Selbstverständlichkeit“. Vom WDR kommt eine bizarre Fürsprache: Sie erörtere „die Schwierigkeiten im Umgang mit Minderheiten, mit Schutzwürdigen, mit Verehrungswürdigen, wenn diese Personengruppen sich Verfehlungen leisten, schuldig werden oder straffällig.“ Man verirrt sich in Kollektivschuld-Blödsinn und lässt die Ur-

sachen von Antisemitismus und Rassismus komplett unerwähnt. „Provokation“ mag ihr Geschäftsmodell sein. Dadurch werden solche Auftritte jedoch nicht weniger reaktionär. Stefan Weiss formulierte im Standard: In den Spiegel, den sie angeblich vorhalten will, blicken „bald nur noch jene hinein(...), die sich darin ohnehin gefallen“. Lisa Eckharts Bühnenpräsenz ist letztlich leider nur die bürgerliche Entsprechung zu Alf Poier.

BLM @ NFL

Die NFL-Football-Saison startet bald. Der Protest gegen Rassismus und Polizeigewalt ab 2016 brachte schon vor der diesjährigen Bewegung eine Politisierung. Die NFL-Bosse schwanken zwischen Eiertanz, Marktmödell und Sanktionen gegen aufmüpfige Spieler. Einige drohten (erfolgreich) mit Streik! Die Massenproteste geben nun Selbstbewusstsein. Über dem Stadion in San Francisco weht derzeit eine BLM-Flagge. Trump hasst das!

Identitäre: 2x Adieu!

25. Juli: Die „Österreicher“ (Nachfolgeorganisation der Identitären) versuchen in Linz eine Straßenaktion zu veranstalten. Zahlreiche Antifaschist*innen, darunter auch SLP-Aktivist*innen, blockieren die Kundgebung, indem sie sie umringen und den Passant*innen Sackerl zum Wegwerfen der Flyer der Identitären anbieten.

22. August: Nun versuchen sie ein Treffen in Vöcklabruck abzuhalten. Ca. 40 Gewerkschafter*innen, Betriebsräte*innen und andere Antifaschist*innen verhindern durch eine Kundgebung das Treffen und damit ein Fußfassen der Rechten vor Ort. Plan der Neo-Faschist*innen wäre gewesen, in Rutzemoos Interessierte aus der Gegend aufzusammeln und dann zum Lokal zu gehen. Wegen der Gewerkschaft wurden sie aus dem Lokal ausgeladen und die Antifa-Kundgebung am Treffpunkt gab ihnen den Rest. Organisiert wurde die Aktion durch Aktivist*innen des Bündnisses Vöcklabruck gegen Rechts und der SLP. Eine Woche wurde mobilisiert. Es wurden Flyer-Aktionen am Wochenmarkt und in der Stadt veranstaltet, es gab zentrale Flyer-Abholstationen für alle Aktivist*innen, damit jedeR zu jeder Zeit aktiv sein kann und es wurden in vielen Ca-

fés Flyer aufgelegt, um vor den Faschist*innen zu warnen. Kaum ein Platz blieb in Vöcklabruck uninformiert.

Die SLP macht in dieser Arbeit klar: Um Rechtsextremismus entgegenzutreten braucht es eine Kampagne, an der sich möglichst viele beteiligen können und ein klares Programm. Wir haben daher gefordert, den Sozialbereich auszufinanzieren und dass alle Kürzungen bei Jugendzentren zurückgenommen werden.

Rechtsextremismus hat eine Funktion im Kapitalismus. Er soll uns spalten und so den gemeinsamen Kampfschwächen, darum reden die identitären „Österreicher“ auch v.a. über Volk, Nation und Migration. Unser Programm gegen Rechtsextremismus stellt das System dahinter in Frage und eine konkrete Alternative vor: Sozialismus.

„Vöcklabruck gegen Rechts“ kann nicht bei dieser Kundgebung stehenbleiben, denn die Identitären werden weiter versuchen, sich festzusetzen. Wir werden aufzeigen, dass die Kürzungen im Sozialbereich, Sexismus und der steigende Rechtsextremismus zusammenhängen. Nichts davon existiert isoliert. Alles ist Teil des selben kaputten Systems, des Kapitalismus.

Peter Hauer



Solidarität & Frauenrechte

Die **sozialistisch-feministische** Plattform Rosa und die Internationale Sozialistische Alter-

tergründen der Aktion und es wurden Soli-Fotos gemacht (von einem solidarischen Kollegen,

wurde gefordert, die Anklage fallen zu lassen – jene von Yulia, aber auch die der Khacha-

Die SLP beteiligte sich am internationalen Aktionstag in Solidarität mit Aktivistinnen in Russland.

native (ISA) hatten für 14. August zum internationalen Aktionstag in Solidarität für Frauenrechte und feministische Aktivist*innen in Russland aufgerufen. Daran hat sich auch die Sozialistische Linkspartei(SLP), österreichische Sektion von ISA, in Wien beteiligt und es gab in Wien, vor der Russischen Botschaft, eine Solidaritätskundgebung. Dabei gab es eine Rede zu den Hin-

der auf einer Baustelle arbeitete). Wir haben auch erfolgreich eine Protestnote übergeben.

Die **zentralen** Forderungen der Kundgebung waren die Freilassung von Yulia Tsvetkova, einer russischen Künstlerin, die für künstlerische Darstellung einer Vagina unter dem Vorwand der Pornografie angeklagt ist. Im Protestbrief, den wir an Mitarbeiter*innen der Botschaft übergaben,

turyan Schwestern, die nach Jahren der Misshandlung durch ihren Vater diesen getötet hatten und nun dafür vom russischen Staat verfolgt werden. Es gab an dem Tag auch in anderen Ländern Protestkundgebungen: In Deutschland, Nord und Süd Irland, Kanada, Mexiko, Australien, den USA, Belgien, Britannien, Tschechien und natürlich Russland.

Katja

18.-25.7.: Über 1.500 Genoss*innen bei der Virtual Marxist University



Das **Sommerseminar** von ISA fand wegen Corona diesmal per ZOOM statt. Aus über 37 Ländern von allen Kontinenten wurde zugeschalten, sogar wenn es für manche mitten in der Nacht war.

In insgesamt 78 Events brachten sich über 140 Genoss*innen bei Einleitungen und Schlussworten ein, übersetzt wurde in 12 Sprachen. Die Themen reichten von Internationalen Perspektiven, über den Kampf gegen Repression

bis zu sozialistischem Feminismus und marxistischer Theorie sowie Fragen von Parteiaufbau. Auch ein Austausch entlang von Beschäftigung (z.B. im Sozial- und Gesundheitswesen, im Transport- oder Bildungswesen, der Industrie etc) fand statt.

Der krönende Abschluss war die Abschluss-Rally mit Spendenappell. Das Ziel waren 90.000 – gespendet wurden über €197.000,- Ein sehr starkes Zeichen!

Karin Wottawa



Die internationale Spaltung 2019 brachte Neugründungen einiger Sektionen der zur ISA umbenannten Internationale. Unsere britische Schwesterorganisation „Socialist Alternative“ feiert gerade den 1. Geburtstag. Und doch handelt sie auf der Grundlage jahrzehntelanger Erfahrungen. Besonderer Schwerpunkt liegt auf der Einbindung aller Aktiven bei politischen Entscheidungen und der vielfältigen Außenarbeit.

VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Corona rückte uns als "Systemerhalter*innen" in die Öffentlichkeit. An den oft katastrophalen Bedingungen in unserer Branche hat das aber nichts geändert. Am einfachsten ist es ja, auf jene Menschen einzuschlagen, die sich schwerer wehren können. Klingt wie eine Binsenweisheit aus dem Lehrbuch für Kapitalist*innen und ist genau das, was verschiedene Regierungen seit Jahrzehnten im Sozial-, Pflege- und Gesundheitsbereich machen. Und zwar bei den Beschäftigten sowie jenen Menschen, die

nen oder Teilzeit bzw. keine Nacht- und Wochenenddienste und zu wenig Einkommen. Denn: Wer nur Grundgehalt und eventuell Erschwerniszulage bekommt, verdient wenig. Es ist zwar möglich, das Einkommen durch Arbeit am Wochenende und in der Nacht mit Zuschlägen „aufzufetten“. Doch das geht auf die Gesundheit und erschwert soziale Beziehungen. Menschen mit Betreuungspflichten – meistens Frauen – können das nicht.

Ein Teil der Beschäftigten arbeitet im Öffentlichen Dienst, andere bei privaten Trägern. V.a. dort wird fast

niedrigen Gehälter nicht mehr hinnehmen und sind bereit, für mehr zu kämpfen. Die Protestwelle der letzten Jahre in der Branche sowie mehrere Streiks im Februar/März 2020 unterstreichen das.

Personalknappheit, Druck und dauernde starke psychische Belastung prägen die Arbeitssituation. Die Tatsache, dass Viele hier arbeiten, weil sie anderen Menschen helfen wollen, wird ausgenutzt. Kolleg*innen arbeiten häufig mehr als gut für sie selbst ist, da sie wissen, dass die Leidtragenden die Patient*innen und

keit. Wer sich's nicht leisten kann, arbeitet bis er/sie selbst krank wird.

Denn der finanzielle Druck wird oft 1:1 an die Kolleg*innen weitergegeben. Ist eine Einrichtung einmal nicht zu 100% ausgelastet, reagieren die Träger häufig mit Kürzungen beim Personal. Steigt die Auslastung, steigt auch der Arbeitsdruck, weil nicht automatisch mehr Personal angestellt wird. Die Finanzierungen der privaten Träger durch die öffentliche Hand sind oft befristet, die Verlängerungen kommen oft viel zu spät. In Wien kann es schon mal geschehen, dass eine Finanzierungszusage des „Fond Soziales Wien - FSW“ (er wickelt die Finanzierung des Sozialbereichs) so spät kommt, dass die Kolleg*innen bereits gekündigt wurden. Kommt dann noch rechtzeitig vor Auslaufen eines Projektes eine neue Zusage (das Geld kommt oft noch später), wird die Kündigung zurückgenommen. Diese Situation erzeugt Stress und Unsicherheit.

Die ganze Situation mit Corona inklusive nötiger Schutzmaßnahmen (die oft nicht gegeben waren!) hat die Situation weiter verschärft. Das Budget ist wegen des größeren

finanziellen Aufwandes (etwa für Masken, Desinfektion etc) überstrapaziert, andererseits bedeutet Erarbeiten und Umsetzen von Schutzmaßnahmen mehr Arbeit. Teams werden durch Sonderbetreuungszeiten, Freistellung von Risikogruppen, Home-Office usw. personell reduziert. Wer noch an der Dienststelle ist, muss noch mehr arbeiten. Der erhöhte psychische Stress, dem viele Klient*innen unter Corona ausgesetzt sind, bringt noch mehr Arbeit. Mit Corona sind Einsamkeit, Depressionen usw. weiter gestiegen, das kriegen z.B. die Kolleg*innen in der Hauskrankenpflege, die oft die einzigen Ansprechpersonen über Wochen sind, voll ab. Als ersten Schritt braucht es hier 20% mehr Personal, eine Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden bei vollem Gehalt und Personalausgleich sowie eine Woche Corona-Sonderurlaub pro Monat Arbeit unter den verschärften Corona-Bedingungen. In der Branche gärt es weiter, neue Proteste könnten schneller kommen als der herrschenden Politik lieb ist.

Michael Gehmacher,
Betriebsrat beim Arbeiter-Samariterbund – Wohnen und soziale Dienste

Pflege & Soziales: Verschiedene Jobs – gleiche Probleme mit niedriger Bezahlung und zu wenig Personal.

auf Unterstützung angewiesen sind – ganz gleich ob nun auf Grund von gesundheitlichen Gebrechen, Armut, psychischen Erkrankungen oder sonstigen Beeinträchtigungen.

In unserer Branche arbeiten viel mehr Frauen. Für sie werden Überlastung und Burn-Out Gefahr durch die Mehrfachbelastung von Job und Familie noch verstärkt. Gerade sie sind in der dauernden Zwickmühle: Vollzeitarbeiten und Ausbren-

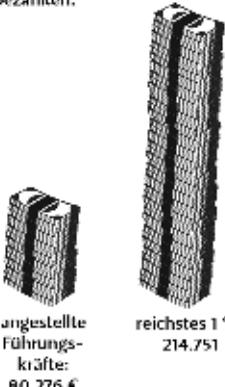
immer genau das bezahlt, was der zuständige Kollektivvertrag (z.B. Sozialwirtschaft Österreich, Caritas, Diakonie, usw) vorsieht. Eine „Überzahlung“ (also mehr als nach KV), gibt es selten. Es ist daher kein Zufall, dass bei den Kollektivvertragsverhandlungen 2019 die 35 Stundenwoche und 6% mehr Lohn und Gehalt sowie weitere dringend nötige Verbesserungen gefordert wurden. Viele Kolleg*innen können die

Klient*innen sind. Der dauernde Geldmangel in der Branche führt dazu, dass all die guten Konzepte, die man in der Ausbildung lernt, mit Dienstantritt unmöglich werden. Die Menschenwürde der Beschäftigten sowie jene der zu betreuenden fällt dem Sparzwang zum Opfer.

Wer es sich irgendwie leisten kann, versucht oft sich in die Bildungskarenz zu flüchten oder bleibt länger in der Arbeitslosig-

Die Held*innen der Corona-Krise hackeln für einen Hungerlohn

Die Daten von Arbeiterkammer und Statistik Austria zu den durchschnittlichen Bruttojahresgehältern zeigen: Gerade die gesellschaftlich wichtigsten Aufgaben - wie etwa im Gesundheits- und Sozialbereich - gehören zu den am schlechtesten bezahlten.



*Die angegebenen Daten beziehen sich auf Vollzeitbeschäftigung. Da die Teilzeitquote auch aufgrund der hohen Arbeitsbelastung hoch ist, liegt der reale Durchschnittslohn noch deutlich niedriger.

Zahlen und Fakten

► In Österreich sind fast 1,5 Millionen Menschen armutsgefährdet, über 22.000 Menschen sind wohnungslos, die Jugendarbeitslosigkeit ist massiv angestiegen, psychische Erkrankungen nehmen dramatisch zu.

► Der Sozial- und Gesundheitsbereich umfasst eine ganze Reihe von unterschiedlichen Arbeitsbereichen, Trägern und Vereinen: Von der Kranken- und Altenpflege, über Flüchtlingsbetreuung, Obdachlosenhilfe, Suchthilfe, Frauenehäusern bis hin zu Jugendzentren und Nachmittagsbetreuung für Kinder.

► Insgesamt arbeiten rund 400.000 Menschen in Österreich im Gesundheits- und Sozialbereich, damit handelt es sich um eine der beschäftigungsstärksten Branchen. Davon arbeiten 160.000 im privaten Gesundheits- und Sozialbereich, ein großer Teil davon sind religiöse Träger (wie z.B. Caritas und Diakonie, die trotz der reichen "Mütter" staatliche Gelder erhalten und schlecht bezahlen).

► Die Gesundheitsausgaben beliefen

sich 2019 auf 41,5 Millionen Euro, das sind nur knapp über 10% des BIP.

► Der Bedarf an Personal, insbesondere an Pflegekräften, wächst immer mehr. Die Zahl der zusätzlich benötigten Pflegekräfte wird bis 2030 voraussichtlich auf über 75.000 steigen.

► Die schwarz-grüne Landesregierung in Vorarlberg will gerade in der Corona-Krise 5% im Sozialbereich und sogar 10% bei den Spitälern kürzen.

► 2018 lag das Durchschnittseinkommen im Sozial- und Gesundheitsbereich bei nur knapp über 1.900 Euro netto.

► Der Sozialbereich ist mit 78% die Branche mit dem höchsten Frauenanteil. Gleichzeitig verdienen sie in der Branche rund 13% weniger als Männer.

► Nur 44% der Beschäftigten in dem Bereich arbeiten Vollzeit, 22% arbeiten weniger als 30 Stunden.

► Die Burnout-Quote im Gesundheits- und Sozialbereich ist enorm hoch. Laut einer Befragung der GPA djp haben rund 20% der Beschäftigung ein sehr hohes Risiko, ein Burnout-Syndrom zu entwickeln.

Zwischen Unterstützung und Repression

Menschen waren zu jeder Zeit auf Hilfe und Unterstützung angewiesen. Die Frage nach der gesellschaftlich organisierten Hilfe für jene, die aus unterschiedlichen Gründen nicht ohne Hilfe im jeweiligen gesellschaftlichen System leben und am sozialen Leben teilhaben können,

sogenannten Armen- und Arbeitshäusern, die oft auch gleichzeitig Zuchthäuser waren. Ziel war nicht nur das "Wegsperren", sondern auch eine Disziplinierung zur Arbeit. Arbeitsfähige Arme, Jugendliche und Kinder wurden an Betriebe vermietet. Die zahlrei-

Wir brauchen Milliarden für einen öffentlichen, bedarfsorientierten Gesundheits- und Sozialbereich.

hat sich in allen Klassen-gesellschaften gestellt und war immer mit den jeweiligen ökonomischen und politischen Bedingungen verbunden.

Der Ursprung der modernen Sozial- und Gesundheitsarbeit liegt in der Entwicklung der Armenhilfe/Armenpflege. Das Almosenwesen im Mittelalter basierte auf der religiösen Verpflichtung von Kirche und wohlhabenden Privatleuten, Hilfe zu leisten. In der feudalistischen Gesellschaft wurde im europäischen Raum das Klassenverhältnis ideologisch durch das Christentum gestützt. Die Armen boten dem Feudaladel die Möglichkeit, sich durch Almosen von Sünden freizukaufen. Private Stiftungen und freiwillige Zusammenschlüsse setzten diese Hilfe um. Die Beginnen, ein Zusammenschluss frommer Frauen, gründeten beispielsweise Spitäler, pflegten kranke und alte Menschen und leisteten damit Armenhilfe.

Mit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft kam es zur Gründung von

basierte auf Solidarität und dem Kampf um einen staatlich organisierten Umgang damit (Versicherungen etc.).

Gleichzeitig gab es zum Teil auch ein Interesse der Herrschenden an diesen ersten Elementen des "Sozialstaats", wo es zur Stabilisierung half. Die Armenfürsorge wurde so aber auch zum Instrument zur Erziehung zur Arbeit und zur Reproduktion der Arbeitskraft des Proletariats (mehr dazu Marx aktuell).

Im Zuge der weitgehend hart durch die Arbeiter*innenbewegung erkämpften sozialen Verbesserungen fand auch eine Professionalisierung und Institutionalisierung des Bereichs statt. Mit dem Nachkriegsaufschwung und der Entwicklung des Sozialstaats unter dem Einfluss der Sozialpartnerschaft vollzog sich auch ein Ausbau der sozialen Versorgung, nicht ohne Druck der Arbeiter*innenbewegung.

In den 60er und 70er Jahren entwickelten sich in Deutschland und Österreich - auch unter dem Einfluss der 68-er Bewegung - zunehmend kritische Tendenzen, auch in Abgrenzung zu den institutionalisierten Strukturen. Ein wichtiger Teil davon war das Streben nach Selbstorganisation der Klient*innen, unterstützt durch Sozialarbeiter*innen und Aktivist*innen. Beispiele dafür waren Jugendwohnikollektive, entstanden aus Revolten von Jugendlichen in den Heimen, Zusammenschlüsse wie das Sozialistische Patientenkollektiv, autonome Vereine etc. Die Pathologisierung



von Klient*innen, Disziplinierungsmaßnahmen und andere repressive Elemente wurden zunehmend hinterfragt.

Selbst reformistische Ansätze einer "kritischen sozialen Arbeit", die gar nicht das Ziel der Systemüberwindung haben, sind seitdem aber auch stets in Widerspruch zu den gesellschaftlichen Verhältnissen und der

Gerade in Krisenzeiten werden sozialstaatliche Errungenschaften vom Kapitalismus angegriffen.

Stellung des Gesundheits- und Sozialbereichs im neoliberalen Kapitalismus geraten. Die Auswirkungen des Neoliberalismus auf diese Bereiche umfassen Kürzungen und Angriffe auf Errungenschaften und Veränderungen der Arbeit selbst. Die Ökonomisierung des Sozial- und Gesundheitsbereichs bedeutet auch eine Zunahme von privaten, gewinnorientierten Trägern und Einrichtungen, die nach marktwirtschaftlichen Prinzipien agieren, aber auch öffentliche Einrichtungen müssen im Kapitalismus zumindest kostendeckend arbeiten. Die Öffnung gegenüber profitorientierten Unternehmen bedeutet einen zunehmenden Widerspruch zwischen dem Charakter der Arbeit und einem größeren wirtschaftlichen Druck. Die Entwicklung von immer mehr freien Trägern hat also einen widersprüchlichen Charakter. Autonome, nichtstaatliche Vereine sind einerseits

Ausdruck fortschrittlicher Elemente, andererseits fällt diese Entwicklung auch zusammen mit den Auswirkungen neoliberaler Politik.

Gerade der Gesundheitsbereich bewegt sich im Zusammenhang mit dieser Ökonomisierung im Widerspruch, größtmögliche Gesundheit zu gewährleisten und andererseits in möglichst wenig Zeit und möglichst ressourcenschonend

kämpfung, im schlimmsten Fall ein "harmloses" Gesicht staatlicher Repression gegen die größten Verlierer*innen des Systems (Exekution der Kürzung von Sozialleistungen, Zusammenarbeit mit Polizei etc.).

Der Kapitalismus produziert immer Armut und Elend. Gerade in Krisenzeiten werden sozialstaatliche Errungenschaften, und damit eng verbunden der Gesundheits- und Sozialbereich, angegriffen. Die Herrschenden sind in der Krise auf der einen Seite aus rein finanziellen Gründen darauf angewiesen, bei Sozialem zu sparen, auf der anderen Seite können sie es sich auch immer weniger leisten, auf "unterstützende", "friedliche" Sozialarbeit für das System statt auf direkte Repression zu setzen. Die Notwendigkeit von einem Ausbau des Gesundheits- und Sozialbereichs und einer bedarfsgerechten Ausfinanzierung ist heute mehr als offensichtlich. Die prekären Arbeitsbedingungen zeigen gleichzeitig, dass Staat und Kapital immer weniger zu einer Ausfinanzierung bereit bzw. in der Lage sind. Die Streik- und Kampfbereitschaft der Beschäftigten ist aber auch Ausdruck von dem Potential für Veränderungen: Um Verbesserungen zu erreichen, aber auch um die Grundlage der Notwendigkeit vieler Bereiche der Sozialen Arbeit zu überwinden, müssen wir uns als Beschäftigte zur Wehr setzen und auch für eine Überwindung des kapitalistischen Systems kämpfen.

Sarah Moayeri



Marx aktuell

Zu Arbeitsbeginn halbwegs gesund, erholt, gut ernährt und sauber sein: Das ist der Anspruch, den die Unternehmen an die Beschäftigten haben, damit sie ihre Arbeit leisten und Profite für sie erwirtschaften können. Die Arbeitsfähigkeit muss also nur soweit wie nötig vorhanden sein, das ist etwas ganz Anders als das Erholungsbedürfnis... der Beschäftigten. Die Arbeitskraft muss „wiederhergestellt“ werden, oder „reproduziert“, wie Marx das nennt. Das muss nach jedem Arbeitstag passieren, aber auch wenn Arbeitskraft durch Pension oder Tod entfällt. Kindererziehung und Bildung gehören also auch dazu. Marx schreibt dazu im Kapital Bd 1:

„Der Wert der Arbeitskraft schließt aber den Wert der Waren ein, welche zur Reproduktion des Arbeiters oder zur Fortpflanzung der Arbeiterklasse erheischt

Braucht der Kapitalismus den Gesundheits- und Sozialbereich?

sind. Wenn also die naturwidrige Verlängerung des Arbeitstags (...) die Lebensperiode der einzelnen Arbeiter und damit die Dauer ihrer Arbeitskraft verkürzt, wird rascherer Ersatz der verschlissenen nötig, also das Eingehen größerer Verschleisskosten in die Reproduktion der Arbeitskraft, ganz wie der täglich zu reproduzierende Wertteil einer Maschine um so größer ist, je rascher sie verschleißt. Das Kapital scheint daher durch sein eigenes Interesse auf einen Normalarbeitstag hingewiesen.“

In der Geschichte des Kapitalismus wurden bestimmte Teile dieser „Reproduktionsarbeit“ professionalisiert. Zum Einen, weil die Arbeiter*innenbewegung hier wichtige Fortschritte zB bei Krankenversicherungen erkämpft hat. Aber auch, weil es unter bestimmten Bedingungen effizienter und damit billiger für die Kapitalist*innen war. Wenn zB ein Arbeitskräftemanagement entsteht, lohnt es sich auch für das Kapital, über Pflegeheime oder Kindergärten „Haushaltsaufgaben“ zu kollektivieren und so vor allem Frauen für den Arbeitsmarkt „frei“ zu spielen. So entsteht ein Bereich der bezahlten Reproduktionsarbeit, obwohl der allergrößte Teil weiter unbezahlt und vor allem von Frauen erledigt wird. Der professionelle Gesundheits- und Sozialbereich ist aus Sicht von Arbeiter*innen und Frauenebewegung eine Errungenschaft, die es zu verteidigen und auszubauen gilt. Aus Sicht der Kapitalist*innen ist er ein notwendiges Übel, das möglichst auf ein Minimum beschränkt werden sollte und sehr abhängig ist von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage. Genau diesen Widerspruch hat Corona noch einmal deutlich gemacht: Kindergärten werden nicht wieder eröffnet, weil das für Kinder und Eltern das Beste ist, sondern weil die Arbeitskraft der Eltern sonst nur eingeschränkt zur Verfügung steht. So lange Viele in Kurzarbeit waren, blieben sie daher auch geschlossen. Mit steigenden Arbeitslosenzahlen kann sich das schnell ändern und zu (weiteren) Einsparungen bei u.a. Kindergärten führen.

Till Ruster

Zum Weiterlesen

Zur Vertiefung empfiehlt sich natürlich „Das Kapital“, in dem Marx sich ausführlich mit den Reproduktionskosten auseinandersetzt. Für den Einstieg ist es aber vielleicht besser, sich an die wesentlich kürzere Darstellung seiner ökonomischen Theorie in „Lohn, Preis und Profit“ von 1865 zu halten.



Beschäftigte auf den Barrikaden

Wer Menschen pflegt und betreut, die von einem abhängig sind, tut sich mit dem Kämpfen schwer. Auf dieses hohe Verantwortungsgefühl haben die Herrschenden lange zählen können. Doch in den letzten Jahren ist die Stimmung gekippt. Die Selbstausbeutung im Pflege- und Sozialbereich ist in Wut und Widerstand umgeschlagen.

Die chronische Unterfinanzierung des ganzen Bereichs ist durch Corona

Ärzt*innen und Pflegepersonal in Nigeria, Simbabwe, dem Kongo und Sierra Leone sind bereits Anfang Juli in den Streik getreten. Ihre Forderungen sind so simpel wie notwendig: Bessere Schutzausrüstung und bessere Bezahlung. Letzteres wird in Simbabwe in US-Dollar gefordert, da die rasante Inflation ansonsten jede Lohnerhöhung auffrisst.

Auch in Indien steht das Pflegepersonal an der Spit-

Netanjahu (Tage in Quarantäne werden als Krankentage berechnet), sondern richtet sich auch generell gegen die wirtschaftlich mieste, im Kapitalismus jedoch normale Zukunftsperspektive. So hat die Arbeitslosigkeit in Israel mit 21% inzwischen ein Rekordhoch erklimmen.

Das zeigt, dass sich der Widerstand für höhere Löhne oder bessere Arbeitsbedingung von anderen, auch politischen

Elternteil, als Angehöriger etc. ist die Verankerung in der Bevölkerung sehr groß. In Kombination mit einerseits dem gesteigerten Selbstbewusstsein durch das Wissen um die Wichtigkeit der eigenen Arbeit und andererseits der Wut über die Missstände handelt es sich um einen Bereich mit hoher Sprengkraft. Viele junge Kolleg*innen, viele Frauen die auch über andere Fragen zunehmend politisiert sind, viele Menschen mit Migrationshintergrund – eine widerständige Beschäftigtengruppe ist hier entstanden.

Weltweit sind es Sozialarbeiter*innen, Pflegekräfte, Betreuer*innen und Ärzt*innen, die tagein, tagaus mit den Gräueln des barbarischen kapitalistischen Systems konfrontiert werden. Sie sollen für die Herrschenden und ihre Speicheldecker*innen einen simplen Zweck erfüllen: Probleme verschleiern und optimalerweise Betroffene wieder fit machen für die kapitalistische Produktion. Doch diese emotional belastende Arbeit führt immer öfter nicht nur ins Burnout, sondern in den (internationalen) Widerstand. Manchmal findet der Widerspruch eine Vertretung in den offiziellen Gewerkschaften, oft ist es aber auch nötig, dass sich die Kolleg*innen selbst, in den Gewerkschaften oder so-

gar außerhalb, organisieren müssen, um kämpferisch ihre Interessen vertreten zu können.

Nicht umsonst ist die internationale Organisation, deren Mitglied die SLP in Österreich ist – Internationale Sozialistische Alternative – Teil dieser Proteste. Wir waren in Österreich an vorderster Front bei den Streiks Anfang des Jahres, mobilisierten in Belgien mit der Pfleger*innen-Organisation „Gesundheit im Kampf“ („La Santé en Lutte“) zu einer Großdemonstration im September oder gründeten in Russland eine „Virus-Gewerkschaft“, um für bessere Schutzmaßnahmen gegen Corona zu kämpfen. Wir sind Teil aller Proteste für unmittelbare Verbesserungen. Und wir zeigen auf, dass es keinen gesunden Kapitalismus gibt, sondern ein wirklich gutes Gesundheits- und Sozialsystem für Alle mit guten Arbeitsbedingungen im Widerspruch zur Profitlogik steht.

All diese Beispiele zeigen gut, was wir – vor allem wenn wir uns in Gewerkschaften oder revolutionären Parteien organisieren – erreichen können. Die Corona-Pandemie ist genauso weltumspannend wie das System, in welchem wir leben – leisten wir gemeinsam international Widerstand dagegen.

Im Sozial- und Gesundheitsbereich gibt es immer mehr Proteste – und zwar international!

noch einmal deutlicher geworden. So sind z.B. die Gesundheitssysteme in Afrika derart unterfinanziert, dass auf 1.000 Einwohner*innen gerade einmal 2,2 Beschäftigte kommen – und nur 0,3 Ärzt*innen. Diese Situation – gepaart mit unzureichender Schutzausrüstung und mangelhaften Möglichkeiten, Corona-Tests durchzuführen – hat dem Kontinent bereits eine Million Corona-Infizierte beschert (ohne Dunkelziffer).

Doch wie auf jedem anderen Flecken der Erde beweisen die Kolleg*innen im Sozial- und Gesundheitsbereich Afrikas seit vielen Wochen, dass sie sich wehren müssen und können.

ze des Widerstands. Die sogenannten „Ashas“ (akkreditierte Aktivist*innen für soziale Gesundheit) sind Mitte August in den Streik getreten. Sie können sich nicht darauf verlassen, dass ihre Löhne von gerade mal 22 €/Monat regelmäßig bezahlt werden – für pünktliche und mehr Bezahlung kämpfen sie.

In Israel wiederum sind die Pflegekräfte inzwischen den bereits seit Monaten immer wieder streikenden Sozialarbeiter*innen in den Arbeitskampf gefolgt. Ihre Wut entlädt sich nicht nur wegen der miesen Arbeitsbedingungen und dem mangelhaften Krisenmanagement der Regierung

Forderungen nicht trennen lässt. In Weißrussland verarzten Ärzt*innen und Pfleger*innen die gefolterten Aktivist*innen im Protest gegen das Regime von Lukaschenko.

Die Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitsbereich haben nicht die selbe wirtschaftliche Macht wie ihre Kolleg*innen in der Industrie. Doch durch die zunehmende Privatisierung in diesem Bereich können sie mit Kampfmaßnahmen auch die Profite „ihrer“ Kapitalist*innen bestreiken. Aber durch die Größe des Sektors und die Tatsache, dass jeder irgendwas mit dem Bereich zu tun hat, als Patient*in/Klient*in, als

Der Mega-Pfusch Schulöffnung

In Österreich gibt es etwas mehr als 1,1 Mio. Schüler*innen und 120.000 Lehrer*innen. Durch den Schulstart werden rund 1 1/4 Millionen Menschen unmittelbar „mobilisiert“, dazu kommen noch die Familien. Das macht im Corona-Zeitalter einiges an Planung und Organisation notwendig. Dass diese Situation eintreten wird, ist den Verantwortlichen seit März bekannt. Also eigentlich genug Zeit, verglichen auch mit anderen „Corona-Problembereichen“ wie Sommertourismus oder Gastronomie, um Konzepte zu entwickeln.

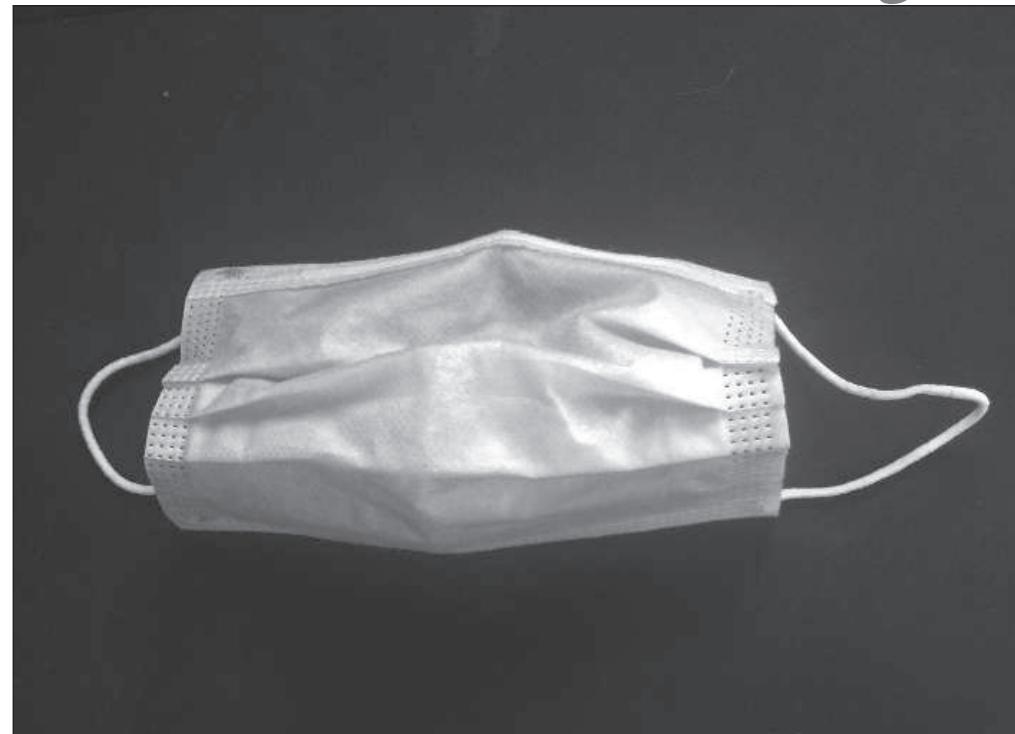
Nach Monaten des Wartens hat das Unterrichtsministerium Mitte August die „Planungen“ zum Schulstart vorgestellt. Reduziert auf das Wesentliche, bleiben nur die Verknüpfung der Schulmaßnahmen mit der „Corona-Ampel“ und dass alle 20 Minuten in den Klassen umfassend gelüftet und regelmäßig Hände gewaschen werden soll. Dem Faktencheck hält die ohnehin dünne Suppe nicht stand: In vielen Schulen kann kaum gelüftet werden, weil es z. B. Umluftsysteme (!) oder kaum Fenster gibt, die sich öffnen lassen. Gerade in Neubauschulen gibt es keine Waschbecken in den Klassen, sondern nur wenige in den WCs. Die eigentlichen Expert*innen, die Lehrer*innen und

Schüler*innen sind wieder einmal nicht gefragt worden.

Aber auch die Corona-Ampel selbst zeigt kein wirklich schlüssiges Konzept, nähere Infos kommen überhaupt erst 3 Tage vor Schulstart und mehrere Ballungszentren könnten bereits mit „gelb“ starten – und da fehlen dann wieder die Pläne dafür, denn die Verantwortung wird an die Schulen abgeschoben. Diese sollen die komplexe Umsetzung selbst erarbeiten – ohne dafür allerdings zusätzliche Ressourcen gestellt zu bekommen. Zusätzlich Unterstützungspersonal? Zusätzliches Pädagogisches Personal? Zusätzliches Budget für Extraanschaffungen? Fehlanzeige. Die Schule darf im Rahmen der „Schulautonomie“ entscheiden, ob sie besser kein Kopierpapier, kein Klopapier oder keine Papierhandtücher hat. Die Schulbehörden putzen sich bei den Schulen ab, die mehr Aufgaben, aber keine Ressourcen bekommen.

Die Schüler*innen wurden nicht einmal mehr alibi-halber einbezogen. Was sie denken und ob sie sich sicher fühlen, spielt keine Rolle und ist insofern zumindest ehrlich, weil es auch ihrer Rolle im derzeitigen Bildungsmainstream entspricht.

Albert Posnanski



Lehre gegen Pflegenotstand?

Die von der schwarz-grünen Bundesregierung geplante Pflegelehre soll angeblich künftig den Personalmangel

schaft kritisiert zurecht, dass unklar ist, wer die Ausbildung zahlen und wie hoch das Lehrlingsgehalt sein soll

Notwendig wären statt einer Pflegelehre eine Aufwertung des Berufes und bessere Arbeitsbedingungen.

in der Pflege beseitigen. Doch in Wirklichkeit geht es um eine drohende Abwertung: Viele warnen vor der Absenkung der Ausbildungsqualität und einer zunehmenden Ausbeutung von Jugendlichen, vor allem drohen weiter sinkende Löhne für die ganze Branche.

Viel Konkretes steht noch nicht fest – die Gewerk-

– was zeigt, dass es sich um leere Ankündigungen der Regierung handelt.

Der Pflegenotstand hängt in erster Linie mit den miesen Arbeitsbedingungen und den niedrigen Löhnen in dem Bereich, gerade in der Ausbildung, zusammen. Eine Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden

Warum ich der SLP beigetreten bin

Im Zuge der Streikbewegung rund um die KV-Verhandlungen der Sozialwirtschaft Österreich im Jahre 2018 stieß ich, selbst Beschäftigte und Ersatzbetriebsräte im Sozialbereich, zur Basisinitiative „Wir sind sozial, aber nicht blöd“, in der sich auch SLP-Mitglieder engagieren. Es schlossen sich 2 1/2 Jahre praktischer Zusammenarbeit und theoretischer Auseinandersetzung an, die auch geprägt

waren vom Kampf gegen den 12-Stundentag sowie für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen im Sozial- und Gesundheitsbereich. Sozialist*innen dürfen bei wichtigen sozialen Bewegungen, darunter der Klima- und Frauenbewegung, nicht abseits stehen. Sie müssen klassenkämpferische Auseinandersetzungen, wie sie in den letzten Jahren im Sozial- und Gesundheitsbereich stattgefunden haben,

vorwärts treiben. Die SLP macht genau das – und sie tut es auf der Basis eines revolutionären, sozialistischen Programms mit trotzkistischem Selbstverständnis bei klarer Ablehnung reformistischer Positionen. Dass sie mich als Alleinerzieherin dabei auch in meiner Lebensrealität abholt, hat mich endgültig zum Beitritt bewogen.

Ulrike Rathmann, 45,
Wien

Kopf des Monats



Peter
Dvorsky

Peter Dvorsky: Grünen-Austritt nach 29 Jahren wegen „Anbiederung an Kurz“. Dvorsky: „In Demokratiepolitik, Sozialpolitik und Kulturpolitik hat sich zwischen meinen Idealen und der grünen Politik eine unüberwindbare Kluft aufgetan.“ Unser Ansatz: Unabhängige Partei von & für Arbeiter*innen aufbauen statt „mitregieren“!



Pulverfass Libanon

Die gewaltige Explosion vom 4. August in Beirut legte nicht nur wichtige Teile der Stadt in Schutt und Asche, sondern feuerte den erbitterten Widerstand gegen die korrupte Elite des Landes an. Bereits in den ersten Tagen gingen Tausende auf die Straßen und besetzten sogar Ministerien. Die Regierung unter Premier und Milliardär Saad Hariri wurde bereits zum

ren es Arbeiter*innen, Anwohner*innen und die Armen Beiruts, welche das Heft bei der Versorgung der Überlebenden in die Hand nehmen mussten und sich solidarisch zeigten. Bereits vor der Explosion waren Gesundheits- und Sozialsystem überlastet und Medikamente Mangelware. Durch COVID 19 hat sich die Situation nochmals verschlimmert.

Die Explosion in Beirut treibt Menschen gegen die gesamte politische Elite auf die Straße.

Rücktritt gezwungen. Die Explosion selbst stellt ein gewaltiges Verbrechen der Herrschenden des Landes dar. Klar ist, dass sie durch die unsachgerechte Lagerung von Ammonium Nitrat verursacht wurde. Dieser Skandal stellt nur einen von vielen dar, welchen die politisch Verantwortlichen seit Jahrzehnten in fast wöchentlichen Abständen zu verantworten haben. Das Ergebnis sind mindestens 200 Tote und die Zerstörung der Lebensgrundlage vieler Tausender. Innerhalb von Sekunden wurden 12% der Stadt – darunter 80.000 Kinder – obdachlos. Während der Staat lediglich mit der Gewalt gegen Demonstrant*innen beschäftigt war, wa-

All dies ist Produkt des verrotteten kapitalistischen Systems, in welchem die herrschende Klasse des Landes sich um verschiedene politische Fraktionen gruppiert. Diese sind entlang religiöser Linien gespalten und versuchen in erster Linie, sich über Posten im Staat zu bereichern. Während sich somit eine winzige Clique enorme Vermögen ergaunert, bleiben für die Versorgung der Massen bestenfalls winzige Brotkrümel übrig. Dieser Umstand wird durch die Explosion schonungslos vor Augen geführt.

Bei den libanesischen Massen sind die Herrschenden tief verhasst. Bereits 2019 gab es eine Massenbewegung, die die damalige Regierung hinwegfegte,

nun musste die nächste gehen. Mit den jetzigen Protesten zeigen die libanesischen Arbeiter*innen und Armen, dass sie sich auch nicht von Corona aufhalten lassen werden. Sprüche wie „Alle von ihnen“, heißt alle von ihnen“ zeigten bereits im letzten Jahr, dass keine Vertreter*innen des Kapitals Vertrauen bei den Protestierenden genießen. Dieses Misstrauen wird

durch die Explosion weiter verstärkt.

Eine große Stärke der Protestbewegung 2019 war, dass sie sich klar gegen die religiöse Spaltung des Landes und gegen das gesamte verrottete politische System des Libanons stellte. Dies ist in der jetzigen Situation von zentraler Bedeutung, da die verschiedenen, entlang religiöser Linien gespaltenen Fraktionen der herrschenden Klasse, unterstützt von imperialistischen Kräften wie Frankreich oder den USA, versuchen werden, die politische Krise zu ihren Gunsten auszunutzen. Gelingt es nicht, sie in die Schranken zu weisen, ist es durchaus möglich, dass Gruppen wie die Hisbollah ihre Teile und Herrsche

Politik fortführen und das Land wieder in religiöses Sektierertum hineinziehen.

Um das Leid der libanesischen Bevölkerung und die politische Krise des Landes endgültig zu beenden, muss letztendlich mit der Ursache – dem Kapitalismus – gebrochen werden. Hierzu ist es notwendig, dass die libanesische Arbeiter*innenklasse ihre eigene Vertretung in Form einer Arbeiter*innenpartei mit sozialistischem Programm aufbaut. Unmittelbar sind demokratisch organisierte Hilfskomitees zur Verteilung von Versorgungsgütern und Organisation von Unterstützung für Betroffene notwendig. Es braucht eine Untersuchung der Explosion und ihrer Ursachen: Und zwar unabhängig von den Herrschenden. In solchen neuen, demokratischen und nicht nach Religion gespaltenen Gremien braucht es Rechenschaftspflicht der gewählten Vertreter*innen sowie das Recht, diese jederzeit zu wählen und auch wieder abzuwählen. Solche Forderungen müssen konsequent weiterentwickelt werden. Um den kapitalistischen Eliten die Macht über Staat und Wirtschaft entreißen zu können, braucht es Aktionskomitees

in sämtlichen Sektoren, Betrieben und Nachbarschaften. Dies muss mit Forderungen nach Preiskontrollen bei allen Gütern des täglichen Bedarfs, einer Rücknahme sämtlicher Maßnahmen, die sich gegen die Armen richten, sowie der Streichung der Staats Schulden bei den Banken einhergehen. Letztendlich wird die Überführung aller Finanzinstitutionen und der großen Unternehmen des Landes in öffentliche Hand unter demokratischer Kontrolle unmöglich sein. Eine auf dieser Grundlage mögliche sozialistische Gesellschaft kann mit solchen Maßnahmen endlich den Reichtum einer parasitären Elite zugunsten der Bevölkerungsmehrheit einsetzen. Anstatt die Wirtschaft auf Profit zu orientieren würde diese zum Katastrophenschutz, dem Bau von Häusern, Schulen, Krankenhäusern, sowie zur Bekämpfung von Hunger etc. eingesetzt werden. Die aktuellen und vergangenen Proteste im Libanon und im Nahen und Mittleren Osten zeigen den richtigen Weg auf. Nun müssen sie genutzt werden, um eine andere, eine sozialistische Gesellschaft zu errichten.

Auf Basis von Berichten
auf
internationalsocialist.net

Diktatur und Wirtschaftskrise

Der Wahlbetrug bringt das Fass zum Überlaufen. Die Antwort der Diktatur auf Unfreiheit, soziale Probleme und zu hohe Energiepreise lautet Brutalität und Massenverhaftungen. Im Gegenzug formieren sich Demonstrationen und Streiks, die die enorme potentielle Macht der Arbeiter*innen zeigt. In der Zange zwischen den Imperialismen von EU und Russland muss die Arbeiter*innenklasse einen Ausweg finden. In die bürgerliche Opposition darf sie dabei keine Illusionen haben, egal ob bei Neuwahlen oder sonstigen Kompromissen von oben. Diese ändern nichts Grundsätzliches; das sieht man an den Folgen des „Euromaidan“ in der Ukraine.

Jegliche krude Vorstellung, Belarus stelle auch nur irgendwie eine Ausnahme vom seit der Gegenrevolution der 90er-Jahre herrschenden Mafia-Kapitalismus dar, sollte längst begraben sein. Es gibt keine geplante Wirtschaft. Staatliche und halbstaatliche Unternehmen wurden ausgeblutet von Lukaschenko-treuen Lakaien bzw. Oligarch*innen. Das Regime verlagerte konsequent alle wirtschaftlichen Probleme auf die Schultern der Massen; wie auch Putin und die EU-Regierungen es tun. Trotz drastisch sinkender Einkommen kürzt man beim Sozialbudget. Pen-

Chris & Franz

sionsantrittsalter? Erhöht! Arbeitslose und prekäre Kleinst-Unternehmer*innen? Strafsteuer! Gaspreise für Kleinverbraucher*innen? Rauf damit!

Gerade die Energiefrage ist zentral. Der russische Imperialismus macht damit Politik. Kreml und Gazprom haben Lukaschenkos Leine seit der Krise 2007 angezogen und die Preise auf EU-Niveau steigen lassen. Aktuell zeigen sich starke Risse zwischen den Autokraten: Letztlich ist es Putin egal, wie die Marionette in Minsk heißt, die den Puffer zur EU darstellt. Vor allem, wenn Massenproteste überzuschwappen drohen.

Im Gegensatz zur zahnlosen bürgerlichen Opposition, die sich größtenteils aus den besitzenden Eliten rekrutiert und zum einen oder anderen Block tendiert, hat die Arbeiter*innenklasse von Belarus die Möglichkeit, sich mit sowohl der russischen als auch ukrainischen zu koordinieren, zu verbünden und die Herrschenden und ihr System zu entmachten. Ihre Interessen sind letztlich gleich, während jeglicher Nationalismus sowie kapitalistischer Block eine Garantie auf weitere Ausbeutung, Repression und Krisen bringt.



Österreichs Goldgräber im Osten

In Folge der Präsidentenschwahlen in Belarus kam es nicht nur zu Massenprotesten, sondern auch zu Ausfällen des In-

terreichischen Konzern erklärt, dass keine Daten von Nutzern „aktiv“ weitergegeben werden. Tatsächlich hat A1 aber ak-

Oesterreich ist zentraler imperialistischer Player in Osteuropa und geht dabei über Leichen.

ternets. Vermutlich steckt das Regime dahinter, um die Vernetzung und Organisierung der Proteste zu sabotieren. Der zweitgrößte Internetprovider vor Ort ist eine Tochter der A1 Telekom-Gruppe. Diese weisen natürlich alle Schuld von sich, obwohl sie die Infrastruktur für eine Diktatur stellen. Der teilstaatliche ös-

zeptiert, dem Regime eine Schnittstelle zu Daten und Telefonleitungen zur Verfügung zu stellen und ermöglicht somit Überwachung. Doch nicht nur die Telekom verdient sich in der „letzten Diktatur Europas“ eine goldene Nase. Auch Raiffeisen und die Vienna Insurance Group (Wiener Städtische) sind dort, wie in so vielen Län-

Jan Millonig

Nachrichten aus der ISA (International Socialist Alternative)

Polen: Abtreibungsrecht

Nach den bisherigen Angriffen auf das Selbstbestimmungsrecht durch die PiS-Regierung sollte es am 15. April im Schutz des Corona-Lockdowns de facto abgeschafft werden. Betroffen war die Verpflichtung, an medizinisches Personal zu überweisen, das bereit ist, sich um die Person zu kümmern, falls Ärzt*innen dieser einen Abbruch verweigern (der nur bei Vergewaltigung, Gesundheitsgefahr der Schwangeren und weit-

reichenden fötalen Missbildungen legal ist). Alternatywa Socjalistyczna (ISA Polen) und ROSA mobilisierten international gegen den Gesetzesentwurf, aus 15 Ländern auf 5 Kontinenten solidarisierten sich Aktivist*innen mit dem Kampf in Polen. Aktuell ist der Beschluss vom Unterhaus auf unbestimmte Zeit verschoben – die Aktivist*innen organisieren den Widerstand weiter.

socjalizmxxi.nazwa.pl/
mainsite

Mexiko

Alternativa Socialista (ISA Mexiko) organisierte gemeinsam mit anderen Organisationen am 31.7. eine Demonstration gegen eine Gesetzesaufhebung durch den obersten Gerichtshof (SCJN). Das Gesetz schränkte die Beteiligung privater Energiekonzerne an der Versorgung ein – der SCJN zeigte damit erneut, dass er auf der Seite der Konzerne steht, notfalls auch gegen Regierungsbeschlüsse.

alternativasocialista.org

Nigeria: Stop Repression!

Bei einem friedlichen Protest am 5.8. gegen widerrechtliche Festnahmen, die schlechte finanzielle Lage der Bevölkerung und unterdrückende sowie antidemokratische Tendenzen im Regime wurden Dunnex Samuel und weitere Aktivist*innen von Sicherheitskräften verschleppt. Auch in anderen Teilen des Landes wurden Protestierende von Sicherheitskräften angegriffen oder festgenommen. Nach einem inter-

nationalen Aufschrei, Solidaritätserklärungen und Protestbriefen u.a. vom irischen Parlamentarier Mick Barry (Socialist Party, ISA) wurden sie wieder freigelassen. Die „Bewegung für eine sozialistische Alternative“ (ISA Nigeria) betont, dass es weitere Aktionen und einen Generalstreik braucht, um Repression und Ausbeutung zu beenden und Verbesserungen zu erkämpfen.

socialistmovementng.org



Autoritäre Wahlsiege, Neofaschismus und die Mittelschichten

Weltweit sorgt ein scheinbar unaufhaltsamer Trend für Schrecken. Autoritäre und diktatorische Führer aus den Reihen der Superreichen erzielen Wahlsiege oder biegen sich diese undemokratisch zurecht. USA und Brasili-

größtenteils dieses Kleinbürgertum, welches die so genannten Mittelschichten zwischen den sozialen Extremen der Gesellschaft dominierte. Das große Kapital gewann der Faschismus erst für sich, nachdem Verschie-

Faschismus. Somit konnten nationalistischer Wahn und Antisemitismus des Kleinbürgertums auf die Hauptmotivation des Imperialismus treffen: die kriegerische Neuauftteilung und Ausbeutung der Welt.

viele Gruppen mit (neo-)faschistischem Programm und Schlägerbanden, die bei fortgeschrittener Krise eine existenzielle Bedrohung darstellen können oder es schon tun. Doch diese Banden sind trotz mehrjährigem Wahnsinn durch Trumps Machtausübung nicht in der Lage, auch nur ansatzweise die um viele Größenordnungen relevanteren Bewegungen wie gegen Waffengewalt sowie BLM,

derheit gibt es bedeutende Teile der Basis der Streitkräfte, der Militär- und Zivilpolizei, privater Sicherheitsunternehmen und krimineller paramilitärischer Gruppen, wie die 'Milizen' in Rio de Janeiro und ähnliche Gruppen in anderen Staaten. Diese Basis kann von bereits organisierten oder von neu organisierten faschistischen Gruppen genutzt werden.“

Tatsache ist aber auch, dass die bisherige Politik und Krise zu Spaltungen innerhalb des Besitzbürgertums geführt hat. Viele Teile seiner Bewegung wenden sich ab. Entscheidend wird jedoch etwas anderes sein, damit es nicht zum Übergang in eine dauerhafte neofaschistische Bewegung kommt. „Es ist von grundlegender Bedeutung, dass wir auf der Straße Überlegenheit gegenüber den protofaschistischen Manifestationen der extremen Rechten demonstrieren. Es ist auch entscheidend, dass die Arbeiter*innen und Unterdrückten in diesem Kampf ihre unabhängige Klassenposition markieren und nicht im Hintergrund der bürgerlichen Opposition bleiben. Dies ist die einzige (...) Möglichkeit, dass der Sturz Bolsonaros eine neue Etappe eröffnet, die zur Niederlage jeglicher neoliberaler Politik führen wird.“

Wie stark und politisch ist die soziale Basis von Trump und Bolsonaro verglichen mit den 1930ern?

en leiden seit einigen Jahren unter rabiaten Rechtsextremen. Haben diese eine Mehrheit hinter sich? Sind Teile der Mittel- und Oberschichten als ihre „Sturmtruppen“ mobilisierbar? Droht Bürger*innenkrieg? Man kann diese Fragen nicht einfach mit einem Nein abtu-

en. Historisch nahm der Faschismus Fahrt auf, als die bürgerlichen Nationalstaaten geschwächt aus dem 1. Weltkrieg durch eine Phase gescheiterter sozialer Revolutionen und Gegenrevolution gingen. Die faschistischen Bewegungen kamen anfänglich keineswegs aus den Reihen des Großbürgertums. Es war eine Mischung aus militärischem Mittelbau, Verwaltung und Akademiker*innen, durch die Krise zerstörten Gewerbetreibenden und Händler*innen sowie orientierungslosen Gewalttäter*innen. Es war

bungen im Gefüge der labilen bürgerlichen (Schein)-Demokratie abgelaufen waren. Eine weitere Bedingung war die weitgehende Zerschlagung der Arbeiter*innen- und Gewerkschafts-Bewegung. Faschistische Banden mussten erst abliefern, bevor sie von den Eliten als ernsthafte Option bedacht wurden.

Der endgültige Übergang in die Diktatur blieb dennoch ein gefährliches Spiel. Die inneren sozialen Widersprüche der Gesellschaft konnten weiterhin zum Kollaps führen. Der einzige Ausweg lag in Hochrüstung und Kriegsmobilisierung. Die Arbeiter*innen waren als politischer Faktor jedoch immer stärker gelähmt; aufgrund vorangegangener Sabotage ihrer revolutionären Bestrebungen durch die sozialdemokratischen Führungen sowie die Attacken von staatlicher Repression und

Heutzutage ist das Kleinbürgertum deutlich kleiner. Das, was gerne als Mittelschichten benannt wird, zeichnet sich v.a. durch eine stark veränderte soziale Zusammensetzung aus. Die Verschiebung erfolgte hauptsächlich zugunsten jener Schichten, die nun zur Arbeiter*innenklasse zu zählen sind. Nichtsdestotrotz sind Kleinbürgertum im engeren Sinn plus Großbürgertum und staatliche Bürokratie weiterhin relevante Faktoren. Heute konzentriert sich jedoch ein viel größerer Anteil von Vermögen und Ressourcen (Medien) in den Händen weniger.

Von allen Menschen im wahlfähigen Alter in den USA wählten Trump 2016 tatsächlich keine 20% und 2,8 Mio. weniger als die von vielen Arbeiter*innen aus gutem Grund ebenso abgelehnte Clinton. Es existieren in Brasilien wie den USA

Was unsere Schwesterpartei in Brasilien zu Bolsonaro schreibt, verdeutlicht die strukturelle Instabilität des Krisen-Kapitalismus. Er handelt auf einer nicht zu ignorierenden sozialen Basis von traditionellem Kleinbürgertum, das sich durch die Krise bedroht fühlt. Er lenkt den Hass auf jene, die nicht schuld daran sind und weg vom Kapitalismus. Hinzu kommt der Einfluss evangelikaler Kirchen, auch auf „untere Schichten“. Zitat: „Neben dieser sozialen Min-

Fünf Gründe, warum...

1 Um „Schlimmeres zu verhindern“ oder mangels Alternativen spielt das „kleinere Übel“ bei vielen Wahlentscheidungen eine Rolle. Das verhindert aber weder Rechts noch Sozialabbau.

... „das kleinere Übel“ keine gute Wahlentscheidung ist!

2 Weder SPÖ noch Grüne sind Garantien für eine sozialere Politik. In allen Regierungsbeteiligungen, ob auf Landes- oder Bundesebene, trugen beide, gewählt als „kleineres Übel“, Kürzungspolitik mit. Damit bereiten sie den Boden für ÖVP, FPÖ & Co. Die Bundesregierung zeigt, wie schnell die

Grünen Positionen aufgeben und rassistische Politik mittragen.

3 Zur Rechtfertigung, warum Übles mitgetragen wird, ist die beliebteste Ausrede der Koalitionspartner. „Wir würden es ja anders

machen, wenn wir könnten!“ Doch selbst im rot-grünen Wien wurde ein o Defizit beschlossen, mit Folge Sozialabbau. Die Teilnahme an so einer Politik ist dann die Garantie dafür, nicht stärker zu werden.

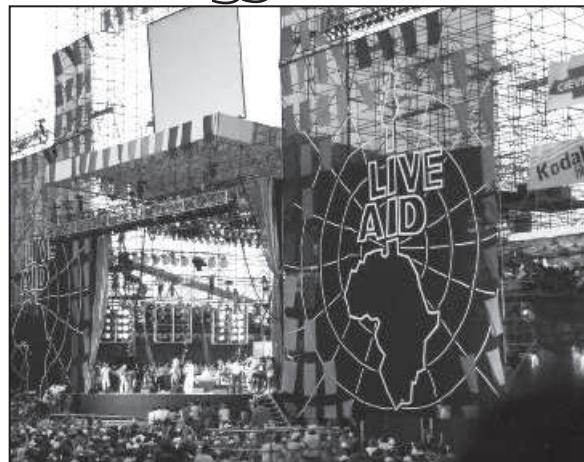
4 „Lieber würde ich etwas wählen, das ich unterstütze und es nicht bekom-

men, als etwas das ich nicht unterstütze und es dann bekommen.“ sagte der US-Sozialist Eugene Debs. Jede Stimme für eine Partei, die nicht für die Interessen ihrer Wähler*innen kämpft, ist eine verlorene Stimme. Das gilt für den gesamten Einheitsbrei an etablierten Parteien. Die „kleinere Übel“-Logik brachte uns erst in die Lage, am Stimmzettel keine Alternative zu finden.

5 Das kleinere Übel zu wählen erspart also nicht die Notwendigkeit, sich zu organisieren, denn das kleinere Übel bringt üble Politik, die wir dann erst recht wieder bekämpfen müssen. Dann doch lieber gleich damit anfangen anstatt es zu wählen.

Martina Gergits

Vor 35 Jahren...



...Live Aid: Das Charity-Konzert „Live Aid“ 1985, mit 2 Milliarden Menschen vor dem TV, sammelte Spenden gegen den Hunger in Afrika. Das Engagement vieler Künstler*innen und unzähliger Helfer*innen mag großteils ehrenwert gewesen sein. Doch dem Event folgten keine strukturellen Maßnahmen, keine unabhängige globale Bewegung oder anti-kapitalistische Schlussfolgerungen. Nach heutigem Wert kamen 180 Mio. € herein. Kaum ein Tropfen auf den glühenden Stein der strukturellen Ungerechtigkeit und Armut im Kapitalismus: Pro Jahr verursacht allein Steuerhinterziehung (von v.a. Konzernen und Superreichen) weltweit einen gesellschaftlichen Schaden von über 3.100 Milliarden €....

Sozialistische LinksPartei Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch

- bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitätern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.

- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechts-extreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschaftlerInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand

- und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnen-politik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu

- regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

